

Sexualpolitik als Experimentierfeld neuer Politikmodi – Zur Generalisierung von Viktimisierungsnarrativen im pandemischen Sexarbeitsdiskurs

Jenny Künkel

Sexual Policy as Experimental Ground for New Political Modes – The Generalization of Victim Narratives in the Pandemic Sex Work Discourse

Abstract

The pandemic enhanced both visibility and contestation of precarity and informality. A first phase of heightened attention and a state-of-emergency rhetoric enabled shifts from public order to social policies, from which marginalized sex workers benefited (e.g. hotel rooms for the homeless, heroin substitution without insurance and easier access to social services, including for migrants). Business shut downs and work bans intensified, however, also carceral feminist prohibition demands, which, starting in summer 2020 were supported by guilt-attributing public health discourses (keyword: „super spreaders“). The loss of earnings and the forced reflection time have recently fostered debates about internal lines of conflict in the industry. The article analyzes on the basis of a secondary and media analysis the three discursive shifts that are each founded upon crisis-specific *windows of opportunity*. It shows how, on the one hand, social struggles of „pro sex work“ actors are normalized by increasingly discussing the profession in terms of „normal“ categories of labor struggle and marginalization. On the other hand, „anti-prostitution“ discourse is emotionalized beyond carceral feminism and moral conservatism by reactivating traditional disease vector discourses. In the conclusion, the article locates the discursive change in broader shifts in the political field. In the long time moralized and increasingly neoliberalized political field of sexuality it is particularly evident that discourses of victimization, which invoke structural power foremost as a backdrop, become key drivers of political change across actors.

Keywords: Sex work, Covid, Emotional politics, Vulnerability, Structure

Zusammenfassung

Die Pandemie machte Prekarität und Informalität sichtbar und umkämpft. Eine erste Phase der Aufmerksamkeitssteigerung und Ausnahmezustandsrhetorik ermöglichte Verschiebungen

von Ordnungs- zu Sozialpolitiken, von denen auch marginalisierte Sexarbeiter_innen profitierten (z.B. Hotelunterbringung von Obdachlosen, Heroinsubstitution ohne Krankenversicherung, Zugangserleichterung für Sozialleistungen auch für Migrant_innen). Betriebsschließungen und Arbeitsverbote intensivierten zugleich strafrechtsfeministische Verbotsforderungen, die ab Sommer 2020 von schuldbetonten Volksgesundheitsdiskursen gestützt wurden (Stichwort: „Superspreader“). Der Verdienstausschlag und die erzwungene Reflektionszeit beförderten zuletzt aber auch Debatten über interne Konfliktlinien im Gewerbe. Der Beitrag analysiert die drei Diskursverschiebungen, die jeweils auf krisenbedingten *windows of opportunity* beruhen, auf der Basis einer Sekundär- und Medienanalyse. Er zeigt, wie sich einerseits im „Pro-Sexarbeit“-Spektrum die sozialen Kämpfe um das moralische Politikfeld normalisieren, indem Sexarbeit verstärkt in Kategorien „normaler“ Arbeitskämpfe und Marginalitätspolitik diskutiert wird. Andererseits lädt eine Reaktivierung tradierter Gesundheitsgefahren Diagnosen den „Anti-Prostitution“-Diskurs mit Emotionalisierungen auf, die über die bisherigen strafrechtsfeministischen und moralisch-konservativen Kreise hinaus anschlussfähig sind. Abschließend verortet der Beitrag diesen Diskurswandel in breiteren Verschiebungen im Feld des Politischen. Im immer schon moralisierten und mittlerweile neoliberalisierten Politikfeld Sexualität zeigt sich besonders deutlich, dass Viktimisierungsdiskurse, die strukturelle Macht vorrangig als Kulisse beschwören, akteursübergreifend wesentliche Treiber politischer Veränderungen werden.

Schlüsselwörter: Sexarbeit, Covid, Emotionspolitik, Vulnerabilität, Struktur

Covid bringt Marginalität in den Fokus – aber wie?

Binnen kürzester Zeit machten das Virus Covid-19 und die politischen Maßnahmen zu seiner Eindämmung im Frühjahr 2020 Prekarität und Informalität sichtbar. Schon zu Beginn des ersten Lockdowns, den Bund und Länder in Deutschland Mitte März verhängten, wurde offensichtlich: Die Aufforderung „Bleibt Zuhause!“ ist für Obdachlose nicht umsetzbar. In den Blick rückte auch der Straßenhandel mit psychoaktiven Substanzen und

sexuellen Dienstleistungen, da prekarierte Konsument_innen und Dienstleister_innen sich mangels Alternativen oft noch im öffentlichen Raum aufhielten. Zudem galten die Gruppen aufgrund der prekären Lebensweisen und des Substanzkonsums als gesundheitlich besonders vulnerabel (vgl. European Center for Drugs and Drug Addiction, 2020). Zugleich waren private wie öffentliche Infrastrukturen nur noch begrenzt verfügbar. Soziale und Gesundheitseinrichtungen schlossen oder reduzierten Angebote in Innenräumen, um Distanzgebote einzuhalten. Auch (Stunden-)Hotels und Bordelle, die Wohnungslosen und Sexarbeiter_innen Unterkunft boten, erhielten wie viele andere Gewerbe Schließungsaufforderungen. Drogenmärkte waren von Beschränkungen des Grenzverkehrs betroffen. Bald stellte sich auch die Frage nach der Kompensation von Einkommenseinbußen. Denn staatliche Hilfen berücksichtigten Selbständige nur begrenzt und die im Sexgewerbe zahlreichen Arbeitsmigrant_innen hatten keinen vollen Zugang zu Sozialleistungen. Zudem zähl(t)en Bordelle zu den am längsten geschlossenen Betrieben.

Der Beitrag fragt, wie diese rapiden und z.T. langandauernden Veränderungen in der Pandemie die sozialen Kämpfe um Sexarbeit restrukturierten. Er zeigt drei zentrale Diskursverschiebungen auf: 1) Sozial- statt Ordnungspolitik, 2) zunehmende Verbotsforderungen und 3) Thematisierung gewerbeinterner Konflikte.¹ Diese Verschiebungen diskutiert der Text vor dem Hintergrund eines breiteren Wandels des Politischen, der sich am stark moralisierten Feld der Sexarbeit besonders gut ablesen lässt. Es zeigt sich ein Trend zu emotionalisierten, entstrukturalisierenden Opfernarrativen als Politikmodus, der sich nicht mehr vorrangig auf strafrechtsfeministische Positionen beschränkt ist, sondern akteursübergreifend eine zentrale Rolle einnimmt.

Sexarbeit als Moralpolitik

Sexarbeit gilt als „morality policy“ (Knill, 2013). Es ist ein Politikfeld, das über den üblichen normativen Gehalt von Politiken hinaus emotional aufgeladen ist und das als Frage der Ethik gilt. Anhand des Gewerbes handeln Gesellschaften oft weitere Fragen wie Geschlechter- oder Klassenverhältnisse oder die Grenzen von legitimer Arbeit oder von Migration aus. Wissenschaftliche Expertise findet nur begrenzt Gehör, da alle Stakeholder, darunter nicht zuletzt die feministischen, starke „Besitzansprüche“ an das Thema stellen (vgl. Wagenaar & Altink, 2012).

¹ Eine erste Diskursanalyse der Debatten im ersten Lockdown auf der Basis der qua google-Recherche verfügbaren Presseinträge und des twitter-Diskurses von zentralen Sexarbeitsaktivist_innen und Prostitutionsgegner_innen sowie zwei Interviews mit Akteurinnen der Sozialen Arbeit (vgl. Künkel, 2020) wurde seither laufend um die zentralen Diskursinterventionen ergänzt. Die Einschätzung, was „zentral“ ist, stützt sich auf eine langjährige Erfahrung der Autorin in der Analyse der Prostitutionsdiskurse in Deutschland.

Schon die erste Frauenbewegung war bezüglich Sexarbeit gespalten. Seit den 1970er und 1980er Jahren ist die Debatte noch stärker polarisiert: „Sexpositive“, in Deutschland mit Blick auf Prostitution inzwischen oft unter dem Stichwort „pro Sexarbeit“ grob zusammengefasste (um nicht zu sagen: zusammengewürfelte) Perspektiven einerseits werden „sexnegativen“ Positionen, die als „anti-Prostitution“ gelten und auf Abschaffung von Sexarbeit zielen, andererseits gegenübergestellt.² Zwar wurden im Rahmen der „sex wars“ durchaus wichtige theoretische Debatten über Machtverhältnisse im sexuellen Feld geführt – etwa wenn Gayle Rubin (1984) Ausschlüsse von gesellschaftlich unerwünschten Sexualitäten, auch in feministischen Diskursen, problematisierte. In der politischen Debatte vereinfachen die Dualismen jedoch stark. Sie verdecken zudem Gemeinsamkeiten der im politischen Disput oft als typisch stilisierten Extrempole der Debatte, die einander aufgrund der jahrzehntelangen Aufeinanderbezogenheit stark spiegeln. Insbesondere ein liberales Vertragsdenken wurde als gemeinsame Wurzel sowohl der Pro-Sexarbeits- als auch Anti-Prostitutions-Diskurse herausgearbeitet (O’Connell-Davidson, 2015). Konkret heißt das: Kritiker_innen der Prostitution per se, die diese immer schon als Gewalt und Verstoß gegen Geschlechtergleichheit ansehen (z.B. die Zeitschrift *EMMA*) und die mithin eher beispielhaft auf Missstände deuten, als systematisch deren Ursachen zu adressieren, übersehen strukturelle Faktoren von Macht und Gewalt im Gewerbe. Gleiches gilt aber auch für Pro-Sexarbeitsaktivist_innen, soweit diese Sexarbeit lediglich normalisieren wollen und dazu z.B. ihre gesellschaftlichen Vorzüge hervorheben (z.B. Maga, 2019), ohne zugleich die Normalität des immer schon auf vergeschlechtlichter Arbeitsteilung beruhenden „racial capitalism“ (Robinson, 1983) zu problematisieren.

Intersektionale Analysen, die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Sexarbeiter_innen machtkritisch betrachten, ohne von vornherein „die Prostitution“ als Problemursache und das Geschlechterverhältnis als Hauptwiderspruch anzunehmen, fassen in jüngeren Jahren auch in der deutschen politischen Debatte Fuß (z.B. Initiative Sex Workers Solidarity, 2019 und die Podcast-Serie www.whoroscope.eu). Kritische Sexarbeitsforscher_innen untersuchten den Einfluss von Drogen-, Stadt-, und Migrationspolitiken (Künkel & Schrader, 2020) und beleuchteten konkrete Arbeitsbeziehungen als veränderbare Ursachen von Machtverhältnissen (Adriaenssens et al., 2016; Probst, 2020). Solche intersektionalen Analysen finden jedoch wenig Gehör im polarisierten Diskurs. Denn viele Sexarbeitsaktivist_innen haben (berechtigte) Sorgen, die Thematisierung schlechter Arbeitsbedingungen würde gegen das Gewerbe an und für sich verwendet. Umgekehrt deuten Prostitutionskritiker_innen, in einer selektiven Aneignung globalisierungskritischer Diskurse, die

² Die Bewegung, die seit Ende des 19. Jh. die Prostitutionsabschaffung fordert, nennt sich unter Aneignung antikolonialer Kämpfe „abolitionistisch“ (in den USA gilt sie als Teil des „radical feminism“). In Anschluss an Bernstein (2010), die sie als paradigmatisch für einen punitiven *turn* im Neoliberalismus analysiert, spreche ich von „carceral feminists“, also Strafrechtsfeminist_innen.

vor einer Kritik der Arbeit haltmacht (Matthieu, 2016), bereits die Verwendung des Begriffs „Sexarbeit“ als Lobgesang auf das Gewerbe und neoliberale Deregulierungsforderungen (z.B. Watson, 2014) – obgleich Arbeit z.B. aus marxistischer Perspektive Gegenstand kritischer Analysen ist und die Eingliederung von Sexarbeit in das Arbeitsrecht (wie sie in Deutschland durch das 2002 in Kraft getretene Prostitutionsgesetz eingeführt wurde) eine Regulierung bedeutet.

Insgesamt ist der hegemoniale politische Diskurs also binär konzipiert und stark normativ aufgeladen. Er entfaltet sich entlang der Pole „Abschaffen von Prostitution als bezahlter Vergewaltigung“ qua „Freierkriminalisierung“, also Schaffung prostitutionsspezifischen Strafrechts, einerseits versus „Anerkennen von Sexarbeit als Arbeit“ und entsprechende „rechtliche Gleichstellung“ mit ähnlichen Gewerben, d.h. möglichst weitgehende Abschaffung gewerbespezifischer Regelungen insbesondere im Strafrecht, andererseits. Analysen, die – i.d.R. an letztere Perspektive anschließend, aber darüberhinausgehend – Machtursachen jenseits des sexarbeitspezifischen Rechts und in Arbeitsprozessen berücksichtigen, also die Betrachtung struktureller Ursachen nicht eindimensional auf ein vermeintliches „System Prostitution“ oder das zentrale, aber nicht alles erklärende „Hurenstigma“ zulaufen lassen, sind in der emotional geführten Debatte relativ marginalisiert.

Neue Straf- und Opferdiskurse angesichts der Neoliberalisierung des Sexuellen

Die zugespitzten Debatten entfalten sich vor dem Hintergrund eines Trends der Abkehr von sozialpolitischen zugunsten von strafrechtlichen Lösungen, der maßgeblich von Sexualgewaltdiskursen der international einflussreichen US-amerikanischen Frauenbewegung befördert wurde (Bernstein, 2010; Gruber, 2020). Zwecks Erlangung staatlicher Mittel und Durchsetzung von Straf(prozess)reformen bemühte sich insbesondere die Bewegung gegen häusliche Gewalt in den späten 1960er und 1970er Jahren um Anschlussfähigkeit an hegemoniale Diskurse (Bumiller, 2008). Wie Gruber (2020) herausarbeitete, förderten die Bewegung und bald weite Teile der zweiten Frauenbewegung – ganz entgegen früheren Kritiken an der Objektifizierung von Frauen – gezielt Narrative von Frauen als unschuldigen Opfern. Um strafrechtlich die Schuld klar beim Mann zu verorten, stilisierten sie Frauen als bar jeder Handlungsfähigkeit oder Formung durch gesellschaftlichen Kontext. Männer galten als Subjekte mit Handlungsfähigkeit, deren Tun kaum mehr durch soziale Umstände erklärt wurde (was strafmindernd wirken könnte, aber auch veränderbare Ursachen sichtbar machen würde). Die Deutungen waren passfähig mit dem Aufschwung der konservativen Bewegung für Strafgewaltsoffer, der die neo-

liberale punitive Wende einläutete, und wurden mithin kooperiert (Simon, 2007, 108).

Laut Bernstein (2010) entspringt der „carceral feminism“ jedoch auch aus einer Verunsicherung von Frauen aus der weißen Mittelschicht über ihre sinkende Verhandlungsmacht gegenüber Männern im (hegemonial cis-heterosexuell strukturierten) sexuellen Feld. Die verringerte Macht speist sich aus der zunehmenden Einkommenspolarisierung zwischen Arm und Reich bei zugleich fortbestehenden gegenderten Reichtumsunterschieden und Care-Arbeitszuständigkeiten, einem entsprechend größeren Interesse von Frauen an langfristigen, monogamen Beziehungen sowie neuen, neoliberalen Sexualdiskursen (Illouz, 2012). Frauen werden nicht mehr vorrangig als „Torhüterinnen“ angerufen, die ihre „wertvolle“ Sexualität als Verhandlungsmasse einsetzen können und nur gegen eine Einladung zum Dinner oder langfristig für die Ehe freigeben. Vielmehr gelten sie zunehmend als sexuelle Abenteuerinnen, die z.B. beim Online-Dating nur noch Sex gegen Sex tauschen, ihre eigenen Rechnungen zahlen und im Bett aktiv die eigne Sexualität sowie die des Partners „managen“ (Gill, 2009).

Frauen verlieren damit im sexuellen Feld paradoxerweise nicht nur durch neoliberale Prekarisierung, sondern auch durch sexuelle Gleichberechtigung (bei fortbestehender erwerbs- und care-ökonomischer Ungleichheit) an Macht. Dies bedroht insbesondere den Status privilegierter Frauen. Denn seit dem Ende der Stausehe werden nicht nur ökonomisches Kapital, sondern auch relativ „klassenarme“ Werte wie Sexyness auf Ehemärkten „getauscht“ und geben sozialen Status, wodurch Frauen auch klassenübergreifend verstärkt miteinander in Konkurrenz stehen (Illouz, 2012, 58). Dabei spielt Sexarbeit insofern eine prominente Rolle, als der relativ bedingungsarme Zugang zu Sexualität qua Kauf bei den privilegierten Aktivistinnen große Verunsicherung hervorruft (Bernstein, 2010).

Statt jedoch systematisch die gesellschaftlichen Bedingungen der neuen Sexualitäten zu thematisieren, kanalisieren Bewegungen wie #metoo, die mit einer Mischung aus „devastating victimhood, righteous indignation, and punishment as ‚justice‘“ (Gruber, 2020, 15) einfache Antworten auf die komplexen Probleme geben, die Beunruhigung über die ambivalenten Folgen der „sexuellen Befreiung“. Solche Skandalisierungen sexualisierter Gewalt zentrieren nicht nur die Erfahrungen von als „respektabel“ geltenden, heterosexuellen Frauen, sondern thematisieren auch strukturelle Herrschaftsverhältnisse nur punktuell (z.B. die #metoo-Bewegung nur in *high-end*-Arbeitsverhältnissen). Die Gewaltverhältnisse erscheinen oft als strukturloses Konglomerat zahlloser Einzeltaten (Klimke & Lautmann, 2021). Metoo und ähnliche Bewegungen zielen mithin auf das (öffentliche) Abstrafen von „bad apples“ and „monsters“ who did horrible things, not [...] the monstrous capitalist, patriarchal and sexist system that has produced, sustained and rewarded these 'bad apples' over decades“ (Gill & Orgard, 2020, 8).

Insgesamt rücken also in der Sexualpolitik mit Straflögen auch individualistische Viktimisierungsnarrative in den Fokus.

Denn nicht nur weist das Strafrechtssystem Schuld persönlich zu, sondern die mit Blick auf selbige popularisierten Täter-/Opferdiskurse kanalisieren auch ein Unbehagen über die zunehmend sozial unsichere Welt, in der einst unumstritten hegemoniale Weiblichkeiten auf dem Feld des Sexuellen auf der Verlierer_innenseite stehen. Dies wurde bisher v.a. mit Blick auf die als „sex-negativ“ gelabelten, z.B. auf Abschaffung von Prostitution gerichteten Stränge von Sexualdiskursen untersucht. Ich möchte aber im Folgenden argumentieren, dass sich vor dem Hintergrund eines Trends einer spezifischen Emotionalisierung von Politik, die entstrukturalisiert, entsprechende Diskursmuster über die Grenzen der *sex wars* hinaus akteursübergreifend verbreitern und zu einem zentralen Modus des Politischen avancieren.

Emotional Politics und Identitätspolitikdiskurse

In Zeiten zunehmender Verbreitung Sozialer Medien mit ihren selbstreferentiellen „Filterblasen“ (vgl. Bruns, 2019) und vor dem Hintergrund einer Tradition „postpolitisch“ managerialistischer Politikmuster (Mouffe, 2005) entfalten sich gegenwärtig komplexe Prozesse der Emotionalisierung von Politik. Zwar bietet die Digitalisierung gerade auch Marginalisierten eine Möglichkeit, leidvolle Erfahrungen sichtbar zu machen (z.B. wenn Polizeigewalt per Smartphone gefilmt und unter Hashtags wie #BlackLivesMatter global skandalisiert wird). Zugleich gewinnt aber auch Populismus an Bedeutung. Die Neoliberalisierung klassischer Parteien der Arbeiter_innenklasse beförderte einen auf rassistischen Traditionen in deren Wähler_innenschaften beruhenden Aufschwung rechter Parteien (Eribon, 2009), der mit einem Verschwimmen der Grenzen Fakten, Meinungen und Gefühlen verbunden ist (van Dyk, 2017).

Die Wahlerfolge am äußeren rechten Rand ließen jüngst sowohl seitens neokonservativer als auch linker Politiker_innen (wie z.B. Sarah Wagenknecht) und Wissenschaftler_innen (wie z.B. Francis Fukuyama) den Ruf nach einer Schaffung breiter politischer Bündnisse auf der Basis nationaler Solidaritäten laut werden. Im gleichen Atemzug wurden (vermeintlich) „identitäre“, „befindlichkeitsfixierte“, „minoritäre“ Anliegen der *Neuen sozialen Bewegungen* kritisiert (vgl. van Dyk, 2021). Die Gegenüberstellung von „Sozialen Fragen“ und „Identitätspolitik“ übersieht, dass z.B. die Frauenbewegung immer auch materielle Anliegen hatte, und dass jede soziale Bewegung, auch Klassenkämpfe, auf kollektiven Identitäten beruht und kollektives Leid artikuliert, welches, wie die zweite Frauenbewegung betonte, u.a. im Privaten verortet sein kann (ebd.; Demirović, 2017). Doch trotz oder sogar wegen der Verkürzungen ist die politische Debatte bedeutsam: Die Kritik an „Identitätspolitik“ ist Teil emotional geführter Debatten darüber, welche Emotionalisierung als legitim gilt, bzw. wessen Leid betrübniswürdig ist. Hier wird ausgehandelt, welche

„Sorgen“ z.B. der Wähler_innen von Trump oder AfD und anderen rechten Parteien „ernstzunehmen“ sind, welche politischen Fragen relevant oder nur „Gendergaga“ sind. So werden etwa Skandalisierungen von Sexismus, Rassismus und anderen Diskriminierungen oder Herrschaftsverhältnissen als Überempfindlichkeit von „snowflakes“ und „feminazis“ abgewertet und dadurch zum Verstummen gebracht (Carter Olsen & LaPoe, 2017).

Damit erschwert die politische Debatte allerdings auch eine wissenschaftlich-analytische Machtkritik der als „Identitätspolitik“ gelabelten Diskurse. Ein Großteil der Kritik an der Nutzung von persönlichen Geschichten in politischen Diskursen und Versuchen, z.B. mittels „Safe Spaces“ und „Triggerwarnungen“ *hate speech* und sexuelle Übergriffe einzudämmen, entstammt einem politisch konservativen bis rechten Spektrum. Doch auch feministische Wissenschaftler_innen problematisieren, dass „emotional capital“ (Ahmed, 2004) in den heutigen, neoliberalisierten Diskursen wie eine Ware zirkuliert, die für unterschiedliche Zwecke einsetzbar ist.

In einem Kontext zunehmender Vermarktung des Persönlichen und Emotionalen können gerade in feministischen Diskursen, die das Private wertschätzen, vergleichsweise privilegierte Menschen persönliche Narrative gegenüber weniger Privilegierten mobilisieren. Dies zeigt Phipps (2016) am Beispiel der Mobilisierung von Trauma-Narrativen über Vergewaltigung mit dem Zweck, Trans-Personen aus feministischen Räumen auszugrenzen oder Stimmen von Sexarbeiter_innen, die das Gewerbe erhalten wollen, im feministischen Diskurs zu delegitimieren. Sauer (2019) beschreibt, wie Strafrechtsfeminist_innen mit Zitaten aus Freierforen gezielt Ekel gegenüber männlichen Kunden schüren und die in unserer Gesellschaft verbreiteten sexuellen Gewalterfahrungen von Feminist_innen ins Gedächtnis rufen, um Frauensolidarität zu organisieren.

Die Kritiker_innen solcher *emotional politics* benennen nicht nur konkrete Machtverhältnisse, die dadurch gestützt werden, und problematisieren die Enteignung der Geschichten marginalisierter Gewaltopfer durch privilegiertere Akteur_innen. Sie konstatieren auch eine generelle Fokusverschiebung, die psychologische Analysen mit der Ohnmacht linkspolitischer Akteur_innen im fortgeschrittenen Neoliberalismus hinsichtlich materieller Fragen erklären (Brunner, 2019): Die persönlichen Narrative beruhten nicht nur auf einer Dethematisierung struktureller Dynamiken, sondern perpetuierten diese auch stets (Phipps, 2016). Durch den individualisierenden Gestus, der den „competitive narratives about trauma“ (Halberstam, 2014, o.S.) innewohne, gerieten Probleme der verschärften Ausbeutung im globalen Kapitalismus oder eine systematische rassistische Ausgrenzung aus dem Blick.

Dies gilt, auf den ersten Blick paradoxer Weise, auch und gerade in dem Selbstverständnis nach „intersektional“ denken den Kreisen, da hier besonders viele Diskriminierungsformen potentiell miteinander in Konkurrenz gesetzt werden können (so keine systematische Herrschaftskritik erfolgt) (vgl. Soiland, 2008). Selbst van Dyk (2021), die zu Recht vor neuem Haupt-

widerspruchsdenken oder gar vorrangig nationalistischen Solidaritäten warnt, verweist vorsichtig auf einen möglichen Trend innerhalb identitätspolitisch gelabelter linker Kreise, Politiken der Sprache und Symbolik zu überhöhen und im Versuch, den Stimmen Marginalisierter Gehör zu verschaffen, persönliche Erfahrung gegenüber aktivistischer oder wissenschaftlicher vertiefter Auseinandersetzung zu privilegieren.

Insgesamt deuten sich also sowohl im an konservative Politiken anschlussfähigen Strafrechtsfeminismus als auch am linken Rand des Feminismus, in diskriminierungsfokussierten intersektionalen Kreisen, Tendenzen zu einer spezifischen Emotionalisierung und Individualisierung von Politik an, die individualisierend wirkt. Dieses Phänomen, das sich stark auf persönliche Erzählungen und Opfernarrative stützt, beleuchte ich im Folgenden anhand des Sexarbeitsdiskurses. Denn im traditionell stark emotional aufgeladenen Sexarbeitsdiskurs, der in der Covid-Krise eine Zuspitzung erfährt, zeigen sich die Fallstricke der neuen *emotional politics* besonders deutlich.

Sexarbeit in der Pandemie

Die Pandemie traf das Sexgewerbe so unerwartet wie andere Branchen, aber wegen der Mischung aus Körpernähe, Moraldiskurs und verbreiteter Prekarität besonders heftig. Anfang März 2020 wurden Kund_innen weniger. Sexarbeiter_innen begannen mit Zweimeter-Distanz-Sessions, Digitalisierung oder Post-Pandemie-Gutscheinen zu experimentieren, während Betriebe z.T. obligatorisches Fiebermessen einführten. Aktivist_innen riefen vereinzelt zur Kontaktreduzierung auf (z.B. Ariana, 2020), informierten aber v.a. über Covid-Prävention und -Politiken (BesD, 2020a).³ Denn schon Mitte März mussten bundesweit qua Länderverordnungen Sexbetriebe schließen. Dies traf Sexarbeiter_innen doppelt, insoweit Bordelle zum Wohnen dienten – zumal auch Hotelbetriebe, die einen Ausweg aus der Obdachlosigkeit bieten können, schlossen. Neben der Escorttätigkeit blieb Straßensexarbeit – außer in wenigen Städten wie Stuttgart, Karlsruhe und Baden-Baden, die ein Prostitutionsverbot erließen – zunächst erlaubt. Binnen Tagen erließen bis auf Bayern, Hessen, Saarland und Baden-Württemberg, die später nachzogen, jedoch alle Bundesländer auch Straßenprostitutions- oder generelle Sexarbeitsverbote (Doña Carmen, 2020).

Einkommensausfälle durch die Gewerbe- und Arbeitsverbote trafen Sexarbeiter_innen hart. Denn erste staatliche Hilfen priorisierten größere Betriebe, deren Beschäftigte Anspruch auf Kurzarbeitsgeld hatten (Sablowski, 2020). Selbständige, die im Sexgewerbe – angesichts der 2002 nur z.T. aufgehobenen rechtlichen Sonderstellung (vgl. Künkel, 2020) – der Normalfall sind, waren kaum berücksichtigt, und die Sozialleistungsansprüche von Arbeitsmigrant_innen blieben eingeschränkt.

Fürsorgelogiken und temporäre Verschiebung von der Sozial- zur Ordnungspolitik

In der Umbruchszeit forderte die Soziale Arbeit – neben einer Kritik an Bußgeldern – unbürokratische Hilfen für wohnungs-dachlose, drogenkonsumierende und migrantische Sexarbeiter_innen. Im Ausnahmezustand traf dies auf offene Ohren der Sozialverwaltungen (Bröckling, 2020). In einer Zeit, in der auch die Zivilgesellschaft z.B. mit „Gabenzäunen“ Solidarität übte, fanden Forderungen nach Hilfen auch im Mediendiskurs Gehör. Allerdings rahmte die Rede über unmittelbar Bedürftige, die schnell und unbürokratisch Hilfe bräuchten, das Problem als ein temporäres, Covid-bedingtes, karitativ zu lösendes, statt als strukturelles und ursachenbezogen zu lösendes Problem multipler Marginalisierungsprozesse.

Angesichts der drängenden Lage mobilisierten selbst sexarbeitsakzeptierende Sozialarbeiter_innen, die i.d.R. sensationalistische Medienberichte vermeiden, Opfergeschichten. Sie problematisierten steigende Gewalt auf dem Straßenstrich aufgrund von Kund_innenmangel und Arbeitsverboten. Beispielsweise beschrieb eine Sozialarbeiterin (in Richter, 2020), angesichts Covid-bedingter Distanzierung nach einer Vergewaltigung nicht mit einer Umarmung Trost spenden zu können. Dies unterstrich unintendiert den temporären und kaum strukturell bedingten Charakter der Probleme.

Parallel forderten Sexarbeiter_innen die Ausweitung von staatlichen Hilfen und riefen zu Spenden auf (z.B. BesD, 2020b). Der aktivistische Diskurs changierte zwischen Normalisierung und Skandalisierung von Prekarität, wie es das Statement einer bekannten Aktivistin verdeutlicht:

„Natürlich gehen wir davon aus, dass alle staatlichen Systeme und die zusätzlich eingerichteten Rettungsschirme auch für uns gelten werden. Wir sind Solo-Selbstständige und Unternehmer*innen wie die anderen auch. Sorgen müssen wir uns allerdings um die Sexarbeiter*innen, die eh schon von der Hand in den Mund lebten, unregelmäßig anschaffen gingen, keine eigene Wohnung haben und in Pensionen lebten, vielleicht Drogen konsumieren oder aus anderen Gründen schon durch so viele Netze gefallen sind und nicht mehr in ihre Heimatländer zurückkehren konnten.“ (Klee, in *Care Revolution*, 2020, o.S.).

Beide Interventionen – von Sozialer Arbeit wie von Sexarbeiter_innen – waren durchaus erfolgreich. Die aktivistischen Hilfsfonds erhielten umfangreiche Spenden. Stadtverwaltungen experimentierten damit, Marginalität stärker sozial- statt ordnungspolitisch zu adressieren. Im exemplarisch analysierten Hamburg betraf dies drei Bereiche: Obdachlosenunterbringung, Drogensubstitution und Sozialleistungen für Migrant_innen.

³ BesD steht für Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen.

Zunächst forderte die Polizei Stundenhotels zur Schließung auf, noch bevor dies offiziell verordnet wurde. Die Stadt stellte nur Sammelunterkünfte und forderte Steigenbetreiber_innen auf, Sexarbeiter_innen kostenlos unterzubringen. Nach politischem Druck, auch durch eine als Vorbild diskutierte private Großspende, mietete die Stadt schließlich ein Hostel in einem Stadtteil mit Drogenstrich an, um zumindest bis zum Ende des Lockdowns 60 drogenkonsumierende Sexarbeiter_innen unterzubringen. Die größte Drogenhilfeeinrichtung im Stadtteil durfte unbürokratisch Notsubstitution anbieten, auch für Menschen ohne Krankenversicherung (allerdings bei begrenzter Platzzahl und geringen Substitutionsdosen). Durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (Aktenzeichen 1 BvL 1/20), die die Überprüfung des „Ausreisewillens“ aussetzte, erhielten EU-Migrant_innen ohne aus Daueraufenthalt oder Arbeit abgeleitete Leistungsansprüche einen Zugang zu Sozialleistungen (bis zur erneuten Überprüfung nach Grenzöffnung). Insgesamt konnte also mit den Narrativen unmittelbarer Not und sexueller Gewalt Unterstützung mobilisiert werden – allerdings nur temporär und unter Anrufung karitativer Fürsorgelogiken. Auch vermelden, während dieser Beitrag Ende Sommer 2021 in die Drucklegung geht, soziale Einrichtungen, die wie z.B. Ragazza e.V. in Hamburg die Not marginalisierter Sexarbeiter_innen öffentlich thematisierten, Mittelkürzungen, die mit Verweis auf eine durch Covid angespannte Haushaltslage legitimiert werden.

Monopolisierung des Themas Marginalität

Die öffentliche Skandalisierung von Marginalität verstummte, bevor systematisch Ursachen zur Sprache kamen. Denn die überlastete Soziale Arbeit hatte zentrale Forderungen bilateral mit den Verwaltungen umgesetzt. Sexarbeitsaktivist_innen wurden durch Anwürfe von Prostitutionsgegner_innen ausgebremst. So monierte v.a. die Zeitschrift *EMMA*:

„Wir erinnern uns an die Vertreterinnen der Pro-Prostitutionslobby, die in Talkshows das Mantra von der glücklichen Prostituierten herunterbeteten [...]. Kein Wort von dem Heer der Armut- und Elendsprostituierten aus Rumänien und Bulgarien, die inzwischen 90 Prozent der rund 300.000 Frauen ausmachen, die deutschen Freiern zu Diensten sein müssen.“ (Louis, 2020, o.S.)

Mit den Vorwürfen monopolisierten Strafrechtsfeminist_innen auf neue Art das Thema Marginalität: Bislang hatten sie dafür gesorgt, dass Sexarbeitsaktivist_innen schlechte Arbeitsbedingungen nur schwer benennen konnten, indem sie dies regelmäßig gegen „die“ Prostitution wendeten (vgl. Künkel, 2019) – was Sexarbeiter_innen als Enteignung ihrer Gewalterfahrungen

erlebten (Rebelde, 2020). Nun machten sie den Aktivist_innen eben jene selbst produzierte Zögerlichkeit zum Vorwurf, während sie zugleich Prostitution als Ursache von Problemen in der Prostitution darstellten. Zwar benannten sie einige konkrete Probleme: z.B. hohe Zimmermieten und Selbstständigkeit als Grund für den Ausschluss von Kurzarbeit. Ursachen der Selbstständigkeit blieben aber in individualisierenden Narrativen – z.B. vom geldschaufelnden Bordellbetreiber, der „monatlich rund 672.000 Euro Umsatz“ (Louis, 2020) macht – ebenso unbenannt wie die veränderbaren Prekarisierungsprozesse, die einer Ausbeutbarkeit qua Miete zugrunde liegen (z.B. Migrationsrecht, Rassismus).

Intensivierung der Verbotsdiskurse im Fahrwasser pandemischer Volksgesundheitsdiskurse

Während im ersten Lockdown karitative Logiken die öffentliche Thematisierung von Straßenszenen und Sexarbeit beherrschten, nutzten Strafrechtsfeminist_innen die Gunst temporärer Bordellschließungen schon früh, um deren Verstetigung zu fordern. Dies fand zunehmend Gehör. Ein Tweet der Sozialdemokratin Leni Breymaier (2020), der das Kompletterbot von Prostitution in Stuttgart im März als Vorbild für die Zukunft lobte, erntete noch viel Kritik im Netz. Doch schon im Sommer 2020 stimmten – anders als vor der Pandemie – in den strafrechtsfeministischen Diskurs gesundheitspolitische Akteur_innen ein. Vor der Pandemie war der gesundheitspolitische Diskurs von sexualgesundheitspolitischen Stimmen wie der AIDS-Hilfe oder den Gesundheitsämtern geprägt, die zwar teils Zwangsberatungen nach dem Prostituiertenschutzgesetz befürworteten, aber spätestens seit der Aufhebung der Zwangsuntersuchungen von Sexarbeiter_innen 2001 verstärkt Freiwilligkeit von Hilfeangeboten und Akzeptanz von Sexarbeit betonten. Nun unterstützte etwa der für seine Ablehnung von Sexarbeit bereits bekannte, aber in der Pandemie als Gesundheitsexperte viel rezipierte Sozialdemokrat Karl Lauterbach einen prominenten Aufruf von Breymaier für ein „Nordisches Modell“. Im offenen Brief an die Ministerpräsident_innen nannten sie gemeinsam mit weiteren 14 Bundestagsmitgliedern Sexarbeiter_innen „Superspreader“ (Winkelmeier-Becker et al., 2020, 2).

Die Rahmung als Volksgesundheitsproblem verbreiterte die Anschlussfähigkeit des Verbotsdiskurses. Denn in der Reaktivierung der Gesundheitsdiskurse v.a. des 19. Jh. schien die gesamte Bevölkerung Schutz vor Prostitution zu benötigen. Sexarbeiter_innen galten abwechselnd als Täter_innen, die Covid verbreiten, und als Opfer einer – nur mit Strafrecht zu verhindernden – unfreiwilligen Prostitution. Betont wurde individuelle Sexualgewalt, z.B. das „Ausmaß an sexuellen Übergriffen, an massiven physischen und psychischen Verletzungen durch täglich vielfache, erzwungene Penetration“ (ebd., 3). Wenig ver-

wunderlich, aber durch unerwartete Bündnisse gestärkt, zeichnete der strafrechtsfeministische Diskurs ein Bild von Sexarbeit, in dem strukturelle Gewaltursachen wie Armut bestenfalls als Kulisse, nicht aber veränderbare Umstände figurierten.

Thematisierung interner Konflikte im Gewerbe

Bordellbetriebe blieben angesichts dieser politischen Konstellation lange geschlossen. Öffnungen fanden unter Auflagen durch Lockerungen von und Klagen gegen Covid-Verordnungen ab Mitte September 2020 statt sowie nach dem erneuten Lockdown seit Juni 2021. Mittlerweile erlaubt lediglich Bayern Sexarbeit nur als selbstständige Tätigkeit und in kleinen Prostitutionsstätten (Doña Carmen, 2021). Die langen Betriebs-schließungen und Arbeitsverbote bedrohten Sexarbeiter_innen ökonomisch – denn selbst für Anspruchsberechtigte liefen der vereinfachte Zugang zu Arbeitslosengeld und Pauschalen für Betriebskosten bald aus. In Leipzig soll für die städtischen Soforthilfen gar ein Branchenausschluss existiert haben (Gilges & Hofstetter, 2020). In der Online-Arbeit (z.B. Chats, Webcamming), auf die viele Sexarbeiter_innen auswichen, traten Widersprüche deutlicher zutage, z.B. da Plattform- und Bezahlssystemanbieter_innen, u.a. wegen des Ausschlusses von Sexarbeit durch viele Anbieter_innen, hohe Prozente fordern können und Geldtransfers schlecht absichern (Alfering, 2020).

Zugleich bot die erzwungene Arbeitspause Zeit für Reflexion und politische Diskussion. Dies förderte die Thematisierung interner Konflikte des Gewerbes. So fragte etwa der Podcast Whoroscope (2020), ob Interessen von Sexarbeitenden und Betreibenden die gleichen seien und anstelle der seit Sommer 2020 dominanten Forderung der Sexarbeitsbewegung, Betriebe zu öffnen, nicht Schutz vor Arbeit unter Covid nötig sei. Solche im Vergleich zu anderen Arbeiter_innenbewegungen auf den ersten Blick zaghaft anmutenden Fragen erklären sich aus der traditionellen Steuerung des Gewerbes durch harsche Kontrollpolitiken, die Handlungsspielräume von Betreibenden und von Arbeiter_innen einschränken, sowie durch eine v.a. polizeiliche und sozialarbeiterische, kaum aber gewerkschaftliche und arbeitspolitische Regulierung und entsprechende Diskurse. Die Thematisierung von Interessenwidersprüchen stellte daher im Sexgewerbe eine wichtige Diskursverschiebung dar.

Im März 2021 kam es zum Eklat zwischen der größten Vereinigung von Sexdienstleister_innen, dem Berufsverband BesD, und seiner AG Antidiskriminierung. Diese legte ihre Arbeit unter Austritt mehrerer Verbandsmitglieder nieder. In einem offenen Brief problematisierten die Ausgetretenen strukturelle Diskriminierungen von nicht weißen, deutschen, cis oder hetero Sexarbeiter_innen im BesD, d.h. dessen mangelnde Intersektionalität und Abgrenzung von der Querden-

kenbewegung sowie das Mundtotmachen von Kritiker_innen und Diskriminierten (AG Antidiskriminierung, 2021).

Der BesD reagierte – den Silencing-Vorwurf bestätigend, so kann es im Lichte des eingangs umrissenen Identitätspolitikdiskurses interpretiert werden – seinerseits mit einem Labeling der Abtrünnigen als „linksidentitär“ (BesD, 2021). Bemerkenswert ist aber auch die Art der Kritik am Verband. Der offene Brief und ein Artikel zum Konflikt (Schmacht, 2021), der in der in linken Kreisen viel gelesenen Zeitschrift „Analyse & Kritik“ erschien, betonen (Mehrfach)Diskriminierung, die verbal entsteht, nicht aus materiellen Verhältnissen. Statt inhaltlicher Positionen, die dadurch in der Sexarbeitsbewegung fehlen, stehen individuelle Opfergeschichten im Vordergrund: aktivistisches Burnout, Erfahrungen mit Behindertenfeindlichkeit und Täter-/Opfer-Umkehr bei Klagen über Diskriminierung. Künftige Statements mit einem neuen Bündnispartner, der Gewerkschaft Freie Arbeiter_innen Union, sind angekündigt. Doch vorerst scheinen Probleme innerhalb des herrschenden Diskurses leichter als individuelle Erfahrung artikulierbar. Aus „grief“ (Leid, individuelle Härten) wird dann keine Artikulation von „grievances“ (kollektives Leiden mit veränderbaren Ursachen), wie Halberstam (2014) es ausgedrückt hat.

Fazit

Der Beitrag analysiert die drei Diskursverschiebungen: Erstens ermöglichte der Ausnahmezustand es, die prekären Teile des Gewerbes als sozial- statt ordnungspolitisches Problem zu adressieren. Zweitens stärkten Volksgesundheitsnarrative den Antipstitutionsdiskurs. Drittens thematisierten Akteur_innen des Sexgewerbes angesichts finanzieller Nöte und erzwungener Auszeiten verstärkt interne Konflikte. Insgesamt eröffneten sich Sozialer Arbeit, Strafrechtsfeminist_innen und Sexarbeitsaktivist_innen binnen kurzer Zeit jeweils unterschiedliche „policy windows“ (Kingdon, 2003), um ihre Argumente vorzubringen. Dies intensivierte den ohnehin stark polarisierten Sexarbeitsdiskurs in Richtung der bekannten Pole Normalisierung versus Emotionalisierung – wobei der Normalisierungsdiskurs Sexarbeit verstärkt als „normalen“ Teil prekärer Arbeit statt als „Arbeit wie jede andere“ thematisierte. Bemerkenswert ist, dass in allen drei Diskurssträngen – nicht nur in den strafrechtsfeministischen Interventionen, die für Opfernarrative bekannt sind – in spezifischer Weise emotionalisierte und dadurch entstrukturalisierte Opfernarrative prominent waren. Dies kann als Indiz dafür gelesen werden, dass die von van Dyk (2019) als Randphänomen angedeutete Tendenz zur erfahrungsbasierten Politik der Symbole verbreiteter ist als angenommen. Demnach brauchen wir nicht nur Kritiken strafrechtsfeministischer und karitativ-paternalistischer Opferdiskurse, sondern auch eine linke Kritik an Diskriminierungsdiskursen, die nicht in nationalistischen Solidaritäten mündet, sondern die intersektionalen Ansätze herrschaftskritisch unterfüttert.

Literatur

- Adriaenssens, S., Garofalo, G., Oso, L., 2016. Quality of Work in Prostitution and Sex Work. Introduction to the Special Section. *Sociological Research Online* 21 (4). <https://journals.sagepub.com/doi/full/10.5153/sro.4165>
- AG Antidiskriminierung, 2021. Offener Brief an den Berufsverband für erotische und sexuelle Dienstleistungen e.V. <https://whoroscope.eu/wp-content/uploads/2021/03/Open-Letter-to-BesD-eV-german-and-english.pdf>
- Ahmed, S., 2004. *Cultural Politics of Emotion*. Routledge, London.
- Alfering, Y., 2020. So werden Sexarbeiterinnen von Online-Dienstleistern diskriminiert. *Vice-Magazin* vom 9.4.2020.
- Ariana, 2020. Sexarbeit und Corona. <https://nuttentrepublik.com/2020/03/01/sexarbeit-und-corona>
- Bernstein, E., 2010. Militarized humanitarianism meets carceral feminism: the politics of sex, rights, and freedom in contemporary antitrafficking campaigns. *Signs* 36 (1), 45–72.
- BesD, 2020a. Corona-Virus: Das sollten Sexarbeiter*innen (und alle anderen) jetzt beachten. <https://berufsverband-sexarbeit.de/index.php/2020/03/04/corona-virus-das-sollten-sexarbeiterinnen-und-alle-anderen-jetzt-beachten>
- BesD, 2020b. Ohne Titel. <https://berufsverband-sexarbeit.de/index.php/besd-notfall-fonds>
- BesD, 2021. Antworten zu Diskriminierungsvorwürfen gegen den BesD. www.berufsverband-sexarbeit.de/index.php/2021/04/21/antworten-zu-diskriminierungsvorwuergen-gegen-den-besd
- Breymaier, L., 2020. Ohne Titel. Twitter 13.3.2020. <https://twitter.com/LeniBreymaier/status/1238460159623663619>
- Bröckling, M., 2020. Street Worker und Programmierer werden erfinderisch. *Netropolitik* 19.5.2020. <https://netropolitik.org/2020/street-worker-und-programmierer-werden-erfinderisch>
- Brunner, M., 2019. Trigger-Warnungen – Zur Politisierung eines traumatherapeutischen Konzepts. In: Brunner, M., Busch, C., Elsuni, S. (Hg.), *Trigger Warning: Identitätspolitik zwischen Abwehr, Abschottung und Allianzen*. Verbrecher Verlag, Berlin, 21–35.
- Bruns, A., 2019. Filter bubble. *Internet Policy Review* 8 (4), 1–14.
- Bumiller, K., 2008. In an Abusive State. How Neoliberalism Appropriated the Feminist Movement against Sexual Violence. Duke University Press, Durham.
- Care Revolution, 2020. Feministische Perspektiven auf Sexarbeit als Care-Arbeit. Interview mit Stephanie Klee, Kathrin Schrader und Jenny Künkel. <https://care-revolution.org/aktuelles/feministische-perspektiven-auf-sexarbeit-als-care-arbeit>
- Carter Olsen, C., LaPoe, V., 2017. “Feminazis,” “libtards,” “snowflakes,” and “racists”: Trolling and the spiral of silence effect in women. *Journal of Public Interest Communications* 1 (2), 1–17.
- Demirović, A., 2017. Die Zumutungen der Klasse. Vielfältige Identitäten und sozialistische Klassenpolitik. *Rosalux* 9 (4). www.zeitschrift-luxemburg.de/die-zumutungen-der-klasse-vielfaeltige-identitaeten-und-sozialistische-klassenpolitik
- Doña Carmen, 2020. Prostitution unter dem Corona-Regime: Verboten oder zulässig? www.donacarmen.de/prostitution-unter-dem-corona-regime-verboten-oder-zulaessig
- Doña Carmen, 2021. Corona-Verordnungen & Prostitutionsgewerbe. www.donacarmen.de/wp-content/uploads/09-Corona-Prostitution-UPDATE-05.07.2021.pdf
- Eribon, D., 2009. *Retour à Reims*. Fayard, Paris.
- European Center for Drugs and Drug Addiction, 2020. EMCDDA update on the implications of COVID-19 for people who use drugs and drug service providers. <http://www.emcdda.europa.eu/publications/topic-overviews/catalogue/covid-19-and-people-who-use-drugs>
- Initiative Sex Workers Solidarity, 2019. Sex Workers Solidarity – eine gewerkschaftlich-feministische Perspektive. In: Künkel, J., Schrader, K. (Hg.), *Sexarbeit – feministische Perspektiven*. Unrast, Münster, 86–95.
- Gilges, G., Hofstetter, J., 2020. Sexarbeit und Corona: Die Pandemie als Druckmittel der Verdrängung. www.gender-blog.de/beitrag/sexarbeit-corona
- Gill, R., 2009. Mediated intimacy and postfeminism: A discourse analytic examination of sex and relationships advice in a women’s magazine. *Discourse & Communication* 3 (4), 345–369.
- Gill, R., Orgard, S., 2020. The shifting terrain of sex and power: from the ‘sexualization of culture’ to #MeToo. *Sexualities* 21 (8), 1313–1324.
- Gruber, A., 2020. *The Feminist War on Crime: The Unexpected Role of Women’s Liberation in Mass Incarceration*. University of California Press, Berkeley.
- Halberstam, J., 2014. You Are Triggering me! The Neo-Liberal Rhetoric of Harm, Danger and Trauma. <https://bullybloggers.wordpress.com/2014/07/05/you-are-triggering-me-the-neo-liberal-rhetoric-of-harm-danger-and-trauma>
- Illouz, E., 2012. *Why Love Hurts: A Sociological Explanation*. Polity Press, Cambridge.
- Kingdon, J., 2003. *Agenda, Alternatives, and Public Policies*. 2nd ed. Longman Press, New York.
- Klimke, D., Lautmann, R., 2021. Die Neoliberalisierung des Sexuellen. Wie der Geschlechterkonflikt vermarktet wird. *CILIP* 42 (2), 17–26.
- Knill, C., 2013. The study of morality policy: analytical implications from a public policy perspective. *J Eur Public Policy* 20 (3), 309–317.
- Künkel, J., 2019. Prostitutionsdiskurse und Regulierungen. In: Künkel, J., Schrader, K. (Hg.), *Sexarbeit – feministische Perspektiven*. Unrast, Münster, 17–27.
- Künkel, J., 2020. Sex, Drugs & Corona. In: Anderson, S., Blok, G., Fabian, L. (Hg.), *Marginalization and Spaces in Times of COVID-19*, 39–50. https://narcotic.city/governing/wp/wp-content/uploads/2020/06/Lockdown*Report.pdf
- Künkel, J., Schrader, K., 2020. Prekarität und Vulnerabilität in der Sexarbeit – Kritische Anmerkungen zum Diskurs der „Armutsprostitution“ aus intersektionaler Perspektive. In: Dackweiler, R., Rau, A., Schäfer, R. (Hg.), *Frauen und Armut – Feministische Perspektiven*. Barbara Budrich, Opladen, 219–237.
- Louis, C., 2020. Corona – Chance zum Ausstieg? www.emma.de/artikel/die-chance-zum-ausstieg-337619
- Maga, M., 2019. (M)ein Weg der heiligen Hure. In: Künkel, J., Schrader, K. (Hg.), *Sexarbeit – feministische Perspektiven*. Unrast, Münster, 50–58.
- Mathieu, L., 2016. Framing abolitionism as an anti-neoliberal struggle: the case of France. <https://hal.archives-ouvertes.fr/hal-01371263>
- Mouffe, C., 2005. *On the political*. Routledge, Abingdon.
- O’Connell Davidson, J., 2015. *Modern Slavery: The Margins of Freedom*. Palgrave Macmillan, London.
- Phipps, A., 2016. Whose personal is more political? Experience in contemporary feminist politics. *Feminist Theory* 17 (3), 303–321.
- Probst, U., 2020. Vielschichtige Lebenswelten, komplexe Vulnerabilitäten – zur Lebens- und Arbeitssituation der Frauen am Straßenstrich im Berliner Kurfürstendamm. *Z Sex Forsch* 33 (4), 193–203.
- Rebelde, R., 2020. Feminismus, Kapitalismus & Sexarbeit. Online-Vortrag am 29.10.2020. <https://aboututopia.org/event/ruby-rebelde>
- Richter, L., 2020. „So schlimm war es noch nie“ – wie das Geschäft mit Sex in der Corona-Krise läuft. *Stern*, 8.4.2020. www.youtube.com/watch?v=r-f3a1OI0do
- Robinson, C., 1983. *Black Marxism*. University of North Carolina Press, London.
- Rubin, G., 1984. *Thinking Sex: Notes for a Radical Theory of the Politics of Sexuality*. In: Vance, C. (Hg.), *Pleasure and Danger. Exploring Female Sexuality*. Routledge & Kegan Paul, Boston, 300–309.
- Sablowski, T., 2020. Der Klassencharakter der deutschen Politik in der Coronakrise. *Rosalux* 12 (1). www.zeitschrift-luxemburg.de/der-klassencharakter-der-deutschen-politik-in-der-coronakrise
- Sauer, B., 2019. Mobilizing shame and disgust: abolitionist affective frames in Austrian and German anti-sex-work movements. *Journal of Political Power* 12 (3), 1–21.
- Simon, J., 2007. *Governing through Crime. How the War on Crime Transformed American Democracy and Created a Culture of Fear*. Oxford University Press, Oxford.
- Soiland, T., 2008. Die Verhältnisse gingen und die Kategorien kamen. Intersektionalität oder Vom Unbehagen an der amerikanischen Theorie. *Querelles* 9 (3). www.querelles-net.de/index.php/qn/issue/view/09-3
- Schmacht, C., 2021. Deutsche Zustände in der Hurenbewegung. *Analyse & Kritik* 30 (4). www.akweb.de/bewegung/sexarbeit-querdenken-arbeitsbedingungen-sex-work-antidiskriminierung
- van Dyk, S., 2017. Krise der Faktizität? Über Wahrheit und Lüge in der Politik und die Aufgabe der Kritik. *PROKLA* 47 (1), 347–368.
- van Dyk, S., 2021. Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus. Vortrag für die Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen am 20.04.2021. www.youtube.com/watch?v=GeLc8X5RB6w
- Wagenaar, H., Altink, S., 2012. Prostitution as Morality Politics or Why It Is Exceedingly Difficult to Design and Sustain Effective Prostitution Policy. *Sex Res Soc Policy* 9 (3), 279–297.
- Watson, L., 2014. Why Sex Work Isn’t Work. *Logos* 13 (2–3). <http://logosjournal.com/2014/watson>
- Whoroscope, 2020. #SEXWORKSHUTDOWNDACH. <https://whoroscope.eu/2020/11/09/sexworkshutdowndach-seance-02>

Autorin

Dr. phil. Jenny Künkel, Centre National de la Recherche Scientifique – UMR, 5319 Passages (FR), e-mail: jenny.kunkel@cnsr.fr